

US-Sanktionen umgehen

EU, China und Russland verhandeln über Geschäftsbeziehungen mit Iran. Brüssel bringt »Blocking Statute« ins Spiel. Berlin reagiert verhalten. **Von Simon Zeise**

Iran, Iran, Iran: Seit Inkrafttreten des Atomabkommens JCPOA mit Teheran 2015 wurde die Hardliner in Washington nicht müde zu betonen, welche drei geopolitischen Faktoren sie am meisten stören. Insofern war es nur eine Frage der Zeit, bis die US-Regierung den Ausstieg bekanntgeben würde.

Am 8. Mai verkündete US-Präsident Donald Trump: »Wir werden die höchste Stufe von Wirtschaftssanktionen einführen.« Jedes Land, das Iran bei seinen Bemühungen um Atomwaffen helfe, könne auch mit starken Strafen belegt werden, so Trump. US-Finanzminister Steven Mnuchin kündigte an, es gebe ein Zeitfenster von bis zu 180 Tagen, um Geschäftsleuten ausreichend Zeit zu geben, sich aus dem Iran-Geschäft zurückzuziehen. Seither verhandeln die Staatschefs der EU, Russlands und Chinas über Bedingungen, unter denen der Iran-Handel weiterbetrieben werden kann.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kritisierte am Mittwoch im Bundestag erneut den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Atomprogramm. »Deshalb glauben wir, dass es nicht richtig ist, dieses Abkommen jetzt in dieser Situation zu kündigen.« Dies gelte, obwohl die Vereinbarung nicht ideal sei und das iranische Raketenprogramm eine Bedrohung Israels darstelle. Die Bundesregierung glaube aber, dass man besser mit dem Iran über diese Themen sprechen könne, wenn man im Abkommen bleibe.

Wie im Streit um Strafzölle mit den USA ist es auch im Fall der Iran-Sanktionen die EU-Kommission, die große Töne spuckt. Zur Rettung des Atomabkommens sei Brüssel bereit, im Notfall ein Gesetz zur Abwehr von US-amerikanischen Sanktionen zu reaktivieren. »Sollte es notwendig sein, sind wir bereit«, sagte EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos am Mittwoch. Über das »Blocking Statute« könnte es europäischen Unternehmen unter Strafe ver-



China sieht Iran als »wichtigen Partner«. Außenminister Wang Yi empfängt Amtskollegen Mohammed Sarif (Beijing, 13. Mai)

boten werden, sich an die US-Sanktionen gegen den Iran zu halten, berichtete *dpa*. Gleichzeitig würde es regeln, dass die europäischen Unternehmen für möglicherweise entstehende Kosten und Verluste entschädigt werden. Das Abwehrgesetz war bereits 1996 im Streit um Sanktionen gegen Kuba, den Iran und Libyen erlassen worden. Es wurde aber noch nicht angewendet, da der Sanktionsstreit damals beigelegt werden konnte. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erklärte am Dienstag, dem iranischen Außenminister Mohammed Sarif sei zugesagt worden, alles dafür zu tun, um die Handelsbeziehungen und den Kapitalverkehr mit dem Iran trotz der US-amerikanischen Sanktionsdrohungen aufrechtzuerhalten oder sogar auszubauen.

In Berlin scheint man ernsthaften Anstrengungen, den US-Wirtschafts-

sanktionen etwas entgegenzusetzen, eher abgeneigt. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte am Freitag erklärt: »Wir haben juristisch keine Möglichkeit, deutsche Unternehmen gegen Entscheidungen der amerikanischen Regierung zu schützen oder sie davon auszunehmen«, sagte er im *Deutschlandradio*. Eingriffe wie etwa einen staatlichen Fonds zum Ausgleich möglicher Nachteile für Firmen, die im Iran tätig sind, sehe das deutsche Recht derzeit nicht vor. »Wenn wir grundsätzlich erklären würden, wir gleichen solche Nachteile aus, dann könnte es für viele Länder in der Welt auch ein Anreiz sein, einseitig Maßnahmen und Sanktionen zu verhängen«, sagte Altmaier.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte am Dienstag mit Russlands Staatschef Wladimir Putin tele-

foniert. Beide hätten ihre Absicht bekräftigt, das Abkommen zu erhalten, erklärte der Kreml.

China betrachte den Iran als einen wichtigen Partner und wolle die Kooperation beider Länder weiter fördern, sagte Außenminister Wang Yi am Sonntag bei einem Treffen mit Sarif in Beijing. Die chinesische Regierung hatte den Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen bereits vergangene Woche scharf kritisiert. Nach dem Ende der Sanktionen gegen Teheran hatten China und der Iran vor zwei Jahren vereinbart, den wechselseitigen Handel beider Länder in den kommenden zehn Jahren auf 600 Milliarden Dollar (504 Milliarden Euro) mehr als zu verzehnfachen. Für Beijing ist Iran ein wichtiger Bestandteil der Handelsinitiative »Neue Seidenstraße«.

■ Hintergrund

Iranisches Öl

Die Internationale Energieagentur (IEA) geht davon aus, dass mögliche Ausfälle beim Rohölangebot des Iran infolge neuer US-Sanktionen durch andere große Förderländer ausgeglichen werden könnten, wie die Behörde am Mittwoch in Paris mitteilte.

Nach Einschätzung der IEA könnten allein die OPEC-Länder Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Kuwait sowie das Nicht-OPEC-Land Russland Exportausfälle Russ ausgleichen, berichtete *dpa*. Diese Länder hätten die Kapazität, um schnell und mit Rohöl ähnlicher Qualität auf einen Angebotsausfall Irans zu reagieren. Nach IEA-Angaben beläuft sich die freie Kapazität der genannten Länder auf 1,3 Millionen Barrel (je 159 Liter) pro Tag. Diese Menge stehe einer Tagesförderung von etwa 1,2 Millionen Barrel gegenüber, die während früherer Sanktionen gegen den Iran ausgefallen seien. Darüber hinaus könnten US-amerikanische Förderer einspringen, wenn es um den Ersatz iranischer Ölkondensate gehe. Daraus wird beispielsweise Kerosin für die Luftfahrt hergestellt.

China ist mit 650.000 Barrel täglich der größte Käufer iranischen Öls. Auch die EU-Staaten kaufen insgesamt mehr als 500.000 Barrel pro Tag vom Iran. Russland und China könnten europäische Firmen wie den französischen Total-Konzern oder die italienische ENI als Investoren aus der iranischen Öl- und Gasindustrie verdrängen. Chinas staatliches Energieunternehmen CNPC soll bereits seine Bereitschaft erklärt haben, die Beteiligung von Total am iranischen South-Pars-Gasprojekt zu übernehmen, falls das französische Unternehmen angesichts der neu angekündigten Sanktionen der USA aussteige, hatte *Reuters* am Freitag berichtet. (SZ)

»Der Dollar spielt keine Rolle mehr«

Banken werden in den USA bestraft, wenn sie Handel mit dem Iran finanzieren. **Ein Gespräch mit Michael Tockuss**

Wie hatten sich die deutschen Geschäfte mit dem Iran entwickelt, bevor in der vergangenen Woche die Hiobsbotschaft eintraf, dass die USA aus dem Atomabkommen aussteigen?

Wir haben 2017 Waren und Dienstleistungen im Wert von fast drei Milliarden Euro in den Iran geliefert. Das war rund eine halbe Milliarde Euro mehr als 2016. Wir haben noch nicht ganz den Stand wie vor den großen US-Sanktionen, die 1995 verabschiedet wurden, wieder erreicht.

Der Iran ist ein Industrieland, was man in den Staaten am Persischen Golf eher weniger antrifft. Das Land bezieht Maschinen und Anlagen zu einem Drittel aus Deutschland. Auch chemische Produkte und Vorprodukte, Medizintechnik und Technik zur Nutzung erneuer-



Michael Tockuss ist Geschäftsführer der deutsch-iranischen Handelskammer

erbarer Energien – besonders Windkraft- und Solaranlagen – wurden aus der Bundesrepublik bezogen.

Warum haben die großen deutschen Banken aufs Iran-Geschäft verzichtet?

Weil sie in der Vergangenheit ihre Erfahrungen mit den USA gemacht haben. Deutsche Großbanken haben teilweise dreistellige Millionenstrafen in den Vereinigten Staaten bezahlt. Unter anderem wegen angeblicher Verstöße gegen US-Sanktionen. Üblicherweise läuft das so ab: In der Presse, etwa im *Wall Street Journal*, erscheint ein Artikel, in dem berichtet wird, dass das US-Finanzministerium wegen Sanktionsverstößen gegen eine Bank ermittelt. Die Mitteilung wird gestreut, und die Folgen können Sie am nächsten Tag bereits am Verlauf des

Aktienkurses der Bank sehen. Dann bemüht sich in der Regel die Bank ganz schnell, mit der US-Regierung in Kontakt zu kommen. Alle Zahlungen, die Banken wegen US-Strafen beglichen haben, basieren auf außergerichtlichen Einigungen. Die Banken haben gezahlt und auch jede Menge Daten an die US-Behörden übermitteln müssen, darüber, was sie in der Vergangenheit mit dem Iran zu tun hatten. Aus dieser Erfahrung heraus haben die großen Banken diese Geschäfte auch nach der zeitweiligen Aufhebung der Sanktionen 2016 erst gar nicht wiederaufgenommen.

Wie sollte die Bundesregierung reagieren? Die US-Sanktionen unterlaufen? Eine Ausweitung der Kreditausfallversicherungen, der Hermesbürgschaften, auf bis zu fünf Jahre wird diskutiert.

Die Verlängerung der Hermesbürgschaften ist sicherlich ein Instrument. Man muss allerdings wissen, dass Hermes in den vergangenen Monaten weniger

Iran-Geschäfte abgesichert hat, als es zu erwarten gewesen wäre. Die Finanzabwicklung muss gewährleistet werden. In den US-Ausführungsbestimmungen steht zum Beispiel auch drin, dass die Iraner vom Interbankenkommunikationssystem SWIFT ausgenommen werden. Das müssen Sie sich mal überlegen! SWIFT ist eine in Belgien ansässige Firma. Die hat in ihren Regularien eine strikte Neutralität.

Kommunikation zwischen Banken muss für gute Handelsbeziehungen gewährleistet werden. Um dies zu ändern, könnte man die europäischen nationalen Zentralbanken ins Spiel bringen. Über diese könnte die iranische Nationalbank Geld in die EU überweisen und von dort an Geschäftsbanken verteilen. Was sollen die Vereinigten Staaten dagegen machen? Sollen sie alle Zentralbanken in der EU sanktionieren? Das würde den Zusammenbruch der Bankenkommunikation weltweit bedeuten.

Nun, in Lettland hat kürzlich erst das FBI interveniert, woraufhin die

größte Bank des Landes geschlossen wurde.

Ja, bei kleineren Ländern kann das passieren. Und man muss davon ausgehen, dass die USA im Rahmen der Antiterrorgesetze aufgrund einer Entscheidung des EU-Parlaments leider sowieso jede SWIFT-Mitteilung mitlesen.

In welcher Währung wird der Großteil des Iran-Handels abgewickelt?

In Europa fast ausschließlich in Euro. Ich kenne niemanden, der den wahnwitzigen Versuch unternommen würde, in Dollar zu zahlen. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn Sie etwa bei der Berliner Sparkasse ein Dollar-Konto haben, und Sie überweisen Geld an einen Freund in Frankfurt am Main, der bei der Deutschen Bank ein Dollar-Konto hat, dann geht das Geld technisch im Zweifel durch das Clearing einer US-amerikanischen Bank. In der Vergangenheit wurde bei solchen Clearings Geld eingefroren. Deshalb spielt der Dollar keine Rolle mehr. **Interview: Simon Zeise**